

Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 13.09.2017

Auszug

aus dem Entwurf der Niederschrift der 29. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 05.09.2017

öffentlich

4.9 Durchführung einer Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Ost-West-Achse zwischen Deutzer Brücke und der Universitätsstraße
1101/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 05.09.2017 AN/1233/2017

RM Weisenstein nimmt Stellung zum eingereichten Änderungsantrag und wirbt um Unterstützung.

Seitens der SPD-Fraktion signalisiert RM dos Santos Herrmann Zustimmung zur Durchführung der Bürgerbeteiligung. Bei der oberirdischen Variante halte sie die Knotenpunkte Nord-Süd-Fahrt und Einfahrtsbereich in den Neumarkt jedoch für sehr problematisch und bitte daher um Mitteilung, ob die Verwaltung hier bereits weitergehende Planungen erarbeitet und ggf. veränderte Verkehrsführungen für den MIV geprüft habe. Unabhängig von der Entscheidung des Rates für eine der Varianten stehe außer Zweifel, dass es sich um eine sehr lange Bauzeit handeln werde, wenn eine der Tunnellösungen zum Zuge komme. Die Linie 1 sei bereits zum jetzigen Zeitpunkt überlastet, so dass hier auch über kurzfristige Maßnahmen nachgedacht werden müsse.

Das Anliegen ihres Vorredners könne sie nachvollziehen; insbesondere Ziffer 2 d des Änderungsantrags sei auch für ihre Fraktion von großem Interesse.

SE Blömer-Frerker hingegen hält den Änderungsantrag aus Sicht der CDU-Fraktion für überflüssig. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass alle in Frage kommenden Varianten mit allen Vor- und Nachteilen transparent dargestellt werden, so dass sowohl Öffentlichkeit als auch Politik anschließend eine eigenständige, fundierte Entscheidung treffen können.

RM Hammer hält die Durchführung einer Bürgerbeteiligung bei diesem Projekt für immens wichtig. Aber auch er gehe davon aus, dass die Verwaltung bei dieser ehrliche Zahlen, Daten und Fakten präsentiere. Er schlage vor, sowohl die Vorlage als auch den Änderungsantrag zunächst ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Für die FDP-Fraktion spricht sich RM Houben für die Verwaltungsvorlage, aber deutlich gegen den Änderungsantrag aus. Selbst wenn die letztendliche Entscheidung "nur" zu Gunsten der oberirdischen Lösung ausfallen sollte, würde dieses Projekt länger als 10 Jahre dauern.

Auch Ausschussvorsitzender Wolter möchte offen und mit allen in Betracht kommenden Varianten in die Bürgerbeteiligung gehen. Zusätzlich möchte er noch anregen – wie auch von Frau dos Santos Herrmann bereits angesprochen – die Verkehrsführung im Bereich der Bäche und des Neumarktes kritisch zu überprüfen. Auch er halte die Entlastung der Linie 1 schnellstmöglich und nicht erst in 10 Jahren – zumindest partiell – für unabdingbar.

BG Blome betont, dass man sich hier zunächst auf der Ebene einer reinen Machbarkeitsstudie befinde, die bisher weder ingenieur- noch entwurfstechnisch durchgeplant sei; insofern könne sie nicht zusagen, dass der Verwaltung bereits alle Vor- und Nachteile aller Varianten bekannt seien. Die in Rede stehenden Kosten seien nach derzeitigem Planungsstand plausibel ermittelt worden und die Verwaltung gehe davon aus, dass es sich um eine förderfähige Maßnahme handeln werde. Konkrete Angaben wie Belastung des Haushaltes und Darstellung des Zeitablaufes aber möchte und könne sie noch nicht machen. Auch stadtgestalterische Oberflächenpläne lägen im Detail noch nicht vor.

Unabhängig von der Entscheidung müsse die Verwaltung Zwischenzustände – auch für die Baustellenphasen - schaffen, damit die Haltestellen, die auch bei einer der Tunnelvarianten oberirdisch verbleiben, für die längeren Züge und Verstärkerfahrten der KVB gerüstet seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Wolter den Verweisungsantrag – Vorlage und Änderungsantrag zur Abstimmung.

➤ Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage und den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln, AN/1233/2017, zur Anhörung in die Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal und den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt